

Pressemitteilung

München, den 12. November 2020

Pannermayr: „Kommunen stehen vor einer langen finanziellen Durststrecke“

- *Kommunen müssen in der Lage bleiben, ihre Aufgaben zu erfüllen und zu investieren.*
- *Kompensation für Ausfälle bei der Gewerbesteuer soll auch 2021 fortgeführt werden.*

Eine Basis für die erfolgreiche Bekämpfung der Corona-Pandemie ist die kommunale Daseinsvorsorge, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr: **„Bayerns Städte und Gemeinden sind sichere Ankerpunkte für die Menschen. Das bisherige Corona-Krisenmanagement unter extremen Anforderungen zeigt, wie unentbehrlich kommunale Daseinsvorsorge in schwierigen Zeiten ist. Kommunen müssen weiter in der Lage bleiben, ihre Aufgaben zu erfüllen.“** Dank der zuverlässigen Infrastruktur mit Kommunalverwaltungen, Feuerwehren, Rettungsdiensten, Krankenhäusern und Gesundheitswesen konnten die Kommunen im Schulterschluss mit Bund und Freistaat die Herausforderungen der Corona-Pandemie bislang gut meistern.

Ein wichtiger Aspekt für die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen ist die Zusage von Bund und Ländern, Ausfälle bei der Gewerbesteuer im Jahr 2020 je zur Hälfte zu kompensieren. Auf Bayern entfallen für 2020 insgesamt knapp 2,4 Milliarden Euro Bundes- und Landesmittel. Damit könnten die in der Steuerschätzung prognostizierten Rückgänge bei der Gewerbesteuer im Haushaltsjahr 2020 aufgefangen werden. Pannermayr: **„Der Ausgleich der krisenbedingten Ausfälle bei der Gewerbesteuer ist eine wertvolle Hilfe von Bund und Freistaat. Dies bringt den Kommunen zumindest für das Jahr 2020 eine Erleichterung. Die Kompensation der Gewerbesteuer verschafft eine kurze Atempause vor einer langen finanziellen Durststrecke in den nächsten Jahren.“**

Insbesondere bei der Gewerbesteuer ist keine Erholung in Sicht. Städte und Gemeinden müssen laut aktuellen Prognosen auch in den kommenden Jahren mit empfindlichen Steuerausfällen rechnen. Daher richtet der Bayerische Städtetag gemeinsam mit allen kommu-

nenalen Spitzenverbänden im engen Schulterschluss mit der Bayerischen Staatsregierung an den Bund laut Pannermayr die Forderung: **„Der Ausgleich der Ausfälle bei der Gewerbesteuer darf nicht nur befristet im Jahr 2020 erfolgen, sondern muss auch in der Folgezeit fortgeführt werden.“**

Nicht nur im Bund, sondern auch in Bayern besteht Handlungsbedarf. Pannermayr: **„Damit Kommunen handlungsfähig bleiben, müssen Bund und Freistaat dafür sorgen, dass finanzielle Spielräume erhalten bleiben. Der Freistaat hat hierfür im kommunalen Finanzausgleich 2021 wichtige Weichen gestellt. Dies gilt besonders für die Schlüsselzuweisungen, die auf solidem Niveau gehalten werden konnten. Darüber hinaus wurden Investitionen für Schulen und Kindertageseinrichtungen gestärkt. Dies sind wichtige Maßnahmen, um den dramatischen Einbruch der kommunalen Haushalte zumindest teilweise abzumildern.“**

Die Ausgaben in den kommunalen Haushalten wachsen stetig. Vor allem zusätzliche Aufgaben zum Beispiel in den Bereichen Bildung und Soziales - etwa beim Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagsangeboten an Schulen oder bei der Digitalisierung von Schulen - haben in den letzten Jahren zu einem deutlichen Anstieg auf der Ausgabenseite geführt, die sich nur teilweise mit staatlichen Finanzzuweisungen über Förderprogramme decken lassen. Pannermayr: **„Die kommunalen Haushalte geraten zunehmend in eine strukturelle Schieflage, die sich bei wegbrechenden Steuereinnahmen verschärft.“**

Die Kombination von steigenden Ausgaben und sinkenden Steuereinnahmen führt in kommunalen Verwaltungshaushalten zu gewaltigen Finanzierungslücken. Wenn Kommunen ihre Aufgaben nicht mehr aus eigener Kraft finanzieren können, müssen eigentlich notwendige Investitionsmaßnahmen aufgeschoben werden. Dies ist in der aktuellen Zeit des wirtschaftlichen Konjunkturreinbruchs ein falsches Signal. Um die Konjunktur wieder zu beleben, sind gerade jetzt öffentliche Investitionen dringend nötig. Besonders die kommunale Ebene setzen mit ihren Investitionen und Projekten, wie etwa den Bau von Schulen und den Ausbau der Infrastruktur wichtige Impulse für die heimische Wirtschaft.